

GRAPHISCHE PRESSE

ORGAN FÜR DIE INTERESSEN DER LITHOGRAPHEN · CHEMIGRAPHERN · STEINLICHT · KUPFER · WACHSTUCH · U. TAPETENDRUCKER · UND · VERWANDTEN · BERUFE ·

Abonnement.

Die Graphische Presse erscheint wöchentlich Freitags. Abonnementspreis: 1 Mk. inkl. Zustellung pro Quartal. Zu beziehen durch alle Buchhandlungen und Postanstalten. (Post-Zig.-Kat. No. 3573.) Für die Länder des Weltpostvereins Mk. 1,25.

Redaktion:

Paul Barthel, Friedrichshagen-Berlin, Viktorstraße 8.
Verlag: Otto Sittler, Berlin N. 28, Anklamstr. 27.
Druck und Expedition: Conrad Müller, Schköditz.
Redaktionsschluss: Sonnabend.

Insertion.

Für die viergespaltene Pettzeile oder deren Raum 30 Pf., bei Wiederholung Rabatt. Für Vereinsmitglieder sowie Vertriebsanzeigen 15 Pf. pro Zeile. Beilagen nach Uebereinkunft.

Bekanntmachungen.

Gesperrt.

Stellungnahme in allen folgenden Firmen zieht den Verlust der Mitgliedschaft nach sich.

Für Lithographen und Steindruckere:
Berlin. Der gegnerische Arbeitsnachweis bei S. Herrmann.
Firma Angerer (für Kupferdrucker).

Für Chemigraphen:

Berlin. Baudouin; Cleppin & Geldermann; Edm. Gaillard; Graphische Gesellschaft; W. Orey; Orütmacher; Paul Schahl, Illustrations-Zentrale; Thedran & Kraushaar.
Chemnitz. A. Jählich; Köhler & Richter.
Dresden. Mittelbach; C. Schemmel.
Dresden u. Leipzig. Mejo & Markert.
Stuttgart. Oebr. Rößle.
Wernigerode i. H.

im Ausland:

Belgien: Brüssel. I. L. Goffarth, (Lith u. Steindr.). — Etablissements Genéraux d'Imprimerie.
Verviers. (Lith. u. Steindr.).

England: London. Firma Lowe & Brydone, Windmill street Tottenham, Court Road, London, (für Noten-drucker.)

Frankreich: Lyon. (Kupferdr.)

Holland: Nantes.
Haarlem. Firma Polygraph.

Oesterreich: Graz, Triest.
Oberösterreich, Tirol und Vorarlberg (wegen Tarifbewegung).

Schweden: Streichholzfabrik, A.-G. Vulkan in Tidaholm.
Stockholm: Tapetendruckerei A.-G. C. A. Käbergs.

Ausgeschlossen

nach § 9c des Statuts wurde der Steindruckere Karl Kruse, Buch-No. 6735, zurzeit in Braunschweig beschäftigt.
Der Hauptvorstand.

Tarifamt für Deutschlands Chemigr. u. Kupferdr.

Gelegentlich der jüngsten Tarifberatung wurde von Gehilfenseite u. a. auch beantragt, die Ferienfrage und die Abgabe von Druckmustern tariflich zu regeln. Eine solche tarifliche Regelung wurde prinzipalseitig abgelehnt, jedoch erklärte sich der Bundesvorsitzende bereit, diese beiden Fragen in wohlwollender Weise der Jahres-Versammlung des Bundes der chemigraphischen Anstalten zu unterbreiten. Diese Jahresversammlung hat inzwischen getagt, und es sind zu den vorstehend genannten Anträgen

die nachfolgenden beiden Beschlüsse gefaßt worden:

1. Es besteht keine Verpflichtung, Ferien zu gewähren. Eine Gewährung von Ferien unterliegt dem Ermessen der einzelnen Betriebe. Wo Ferien gegeben werden, wird es für angemessen erachtet, nach fünfjähriger Tätigkeit als Gehilfe im selben Betriebe auf Kosten des Geschäfts eine Woche Ferien zu gewähren. Die bestehenden Verhältnisse sollen zum Nachteil der in den betr. Geschäften bereits beschäftigten Gehilfen nicht verschlechtert werden.
2. Die Einforderung von Arbeitsmustern von neu einzustellenden Gehilfen soll nach Möglichkeit vermieden werden, da sie tatsächlich einen besonderen Wert nicht haben.

Inhalt:

Hauptblatt: Bekanntmachungen. — Die Ereignisse der letzten Wochen. — Rundschau. — Das Genossenschaftswesen. — Solidarität. — Die Kulturstrafe der Völker im Spiegel ihrer Kunst. (Schluß folgt). — Briefkasten. — Anzeigen.

Beilage: Allgemeines: Die Arbeitslosigkeit. Ergänzung zur Tabelle auf Seite 412. An die Kollegen-schaft. Ortsberichte: Berlin. — Der Lithograph: Vorträge und Fachschriften für Lithographen. — Die photomech. Fächer: Aus den Sektionen: Berlin (Chemigr.), Berlin (Kupferdr.), Dresden (Chemigr. und Lithogr.). — Photograph. Mitarbeiter: Unterstützung der Arbeitslosen. — Die Tapetenbranche: Noch ein Wort zur Anschlußfrage. Aus den Sektionen: Altona-Ottensen (Formst.). — Feuilleton: Empfehlenswerte Jugendliteratur. — Tabelle über den Stand der Arbeitslosigkeit

Die Ereignisse der letzten Wochen.

Die letzten Wochen waren erfüllt von einer ganzen Reihe wichtiger und bedeutungsvoller Ereignisse. Sie überstürzten sich geradezu und jedes einzelne war geeignet, das gesamte politische und wirtschaftliche Leben Deutschlands schwer zu erschüttern oder wenigstens stark zu beeinflussen. Es wird daher ebenso interessant als lehrreich sein, einen Rückblick auf all diese Vorkommnisse zu werfen.

Der Reigen wurde eröffnet durch die Veröffentlichung eines Interviews mit dem deutschen Kaiser in der englischen Tagespresse, durch die Deutschland bis auf die Knochen blamiert und vor der ganzen Welt lächerlich gemacht wurde. Kaum Glaubliches wurde dabei berichtet. Der Kaiser sollte in seiner bekannten impulsiven und seiner jeweiligen Stimmung entsprechenden Art seine Freundschaft für England betont und sein Bedauern darüber ausgedrückt haben, daß alle seine Handlungen, trotzdem sie vom wärmsten Wohlwollen für das stammverwandte Albion erfüllt seien, jenseits des Kanals mit Mißtrauen beobachtet, hämisch besprochen und übel gedeutet würden. Er stehe mit dieser Freundschaft in Deutschland allerdings vereinzelt da, denn die Mehrheit des deutschen Volkes sei durchaus englandfeindlich; trotzdem lasse er sich persönlich von seiner Meinung nicht abbringen. Daß diese Aeußerung, wenn sie so gefallen ist, die tatsächlichen Verhältnisse in keiner Weise trifft, daß ungefähr das direkte Gegenteil richtig ist, hat die

gewaltige Friedensdemonstration in der »Neuen Welt« zu Berlin gezeigt. Die breiten Massen des Volkes sind weder dem englischen noch irgend einem anderen Volke feindlich gesinnt. Sie wollen den Frieden unter allen Umständen und verurteilen es ganz entschieden, wenn durch die Ungeschicklichkeiten unserer Diplomaten oder durch die wüsten Hetzereien einer kleinen Gruppe hurrapatriotischer Maulhelden Zündstoff zusammengetragen wird, der den Kriegsbrand entfachen könnte. Deshalb verwahrt sich auch das deutsche Volk mit aller Entschiedenheit gegen die Angabe, in seiner Mehrheit dem englischen Volke feindlich gesinnt zu sein. Wenn in der Zeit des Burenkrieges eine tiefe Entrüstung in Deutschland aufflammte, so galt sie nicht dem englischen Volke, sondern der englischen Kriegspartei, die mit Waffengewalt ein kleines, friedliches Bauernvolk seiner Freiheit und Selbstständigkeit beraubte. Um so aufsehenerregender wirkte die Mitteilung des Interviewers, der Kaiser habe ihm zum Beweise seiner Englandfreundlichkeit anvertraut, daß er der Königin Viktoria auf deren Wunsch einen Kriegsplan gegen die Buren vermittelt habe, nach welchem im wesentlichen der Transvaalkrieg erfolgreich zu Ende geführt worden sei. Man verglich diese Mitteilung mit dem bekannten Telegramm, durch das der Kaiser den Transvaalpräsidenten Krüger zur siegreichen Abwehr des englischen Jameson-einfalls beglückwünscht hatte. Ganz besonders riefen die neue Enthüllung und andere Aeußerungen des Kaisers über Deutschlands auswärtige Politik, die in der Veröffentlichung enthalten waren, im Ausland einen Sturm der Entrüstung hervor. Deutschland war, wenn das Interview auf Tatsachen beruhte, bloßgestellt vor der ganzen Welt.

Und es beruhte auf Tatsachen! Der Kanzler konnte die ungeheuerlichen Mitteilungen über die Enthüllungen des Kaisers nicht dementieren; er konnte nur versuchen, sie abzuschwächen. Der Kaiser hatte tatsächlich in der selbstherrlichsten Weise persönlich in Deutschlands auswärtige Politik eingegriffen. Die Ministerverantwortlichkeit zeigte sich als Farce, der Kanzler als Strohputze. Die Volksvertretung war verhöhnt, der Absolutismus zeigte sich unverhüllt. Trotzdem man in Deutschland an die mannigfachsten Plötzlichkeiten nachgerade gewöhnt

worden ist, so ging doch dieser neue Fall selbst den Konservativen über das Bohnenlied. Es gäbe in allen Parteien. Man forderte Rechenschaft vom Kanzler, der derartige diskreditierende Veröffentlichungen nicht verhindert habe. Er übernahm in heldenmüthiger Weise die volle Verantwortung, indem er dem Kaiser sein Entlassungsgesuch einreichte, ohne daß es genehmigt wurde, und indem er vor dem Reichstage die Schuld — auf einige untergeordnete Schreibereisen im Auswärtigen Amte abwälzte, die das Manuskript des Interviews, das er nicht durchgesehen habe (!), unbeanstandete zur Veröffentlichung freigab. In jedem wahrhaft konstitutionellen Staate wäre eine derartige Karrikatur eines verantwortlichen Ministers ohne weiteres durch das Parlament zur Abdankung gezwungen worden. Anders in Deutschland. Die Konservativen sind weitgehend interessiert daran, daß der Parlamentarismus nicht zu sehr zur Geltung kommt, ihre Blockbrüder vom Freisinn, die sich durch einige vage Versprechungen ohne alle bestimmten Garantien übertölpeln ließen, verhöhnten wieder einmal alle ihre früheren Grundsätze durch strikte Wahrung der Blockbündestreue, der Kanzler wurde durch den Reichstag, dem der Mut der Konsequenz fehlte, nicht hinweggefegt, und auch der Kaiser verzichtete seinem Hausmaier großmütig die leisen Tadel, die er gegen sein selbstherrliches Wesen auszusprechen gewagt hatte. So bleibt alles nicht nur hübsch beim Alten, sondern das autokratische Regiment ist schließlich gefestigter denn je.

Wie gleichgültig dem Kaiser die Arbeit des Parlaments nach wie vor ist, zeigte er klar und deutlich, indem er während der entscheidenden Verhandlungen überall, nur nicht in Berlin war. Er amüsierte sich köstlich bei Jagden, Zeppelfahrten, Kabarettvorstellungen und anderen angenehmen Unterhaltungen und ließ Volksvertretung Volksvertretung sein.

Auch als die Schreckenskunde die Welt durchschellte, daß im rheinisch-westfälischen Kohlenrevier 3 1/2 Hundert Menschenleben mit einem Schläge vernichtet wurden, war er persönlich verhindert, an den Unglücksort zu eilen. Er betraute seinen Sohn Eitel Fritz mit seiner Vertretung, dem dann mit aller Deutlichkeit durch

die Kameraden der getöteten Bergleute und durch die Witwen und Waisen der Verunglückten zugerufen worden ist, wen die Arbeiterschaft an dem Massenunglück für schuldig hält. »Massenmörder« wurden die Grubenherren genannt, und die Entrüstung über die Regierung, die durch mangelhafte Kontrollrichtungen und andere schwere Unterlassungsünden zum Mitschuldigen geworden ist, kam in dem Rufe: »Nieder mit Bülow!« zum Ausdruck. Der Prinz hat versprochen, seinem Vater Bericht zu erstatten über die Forderungen der Bergarbeiter, die sich in die Worte »Reichsberggesetz« und »Arbeiterkontrollreue« zusammendrängen lassen. Auf diese Berichterstattung wird aber die Bergarbeiterschaft nicht allzugroße Hoffnungen setzen. Es wäre die Aufgabe des Parlaments, auf Maßnahmen hinzuwirken, die das gegenwärtige im Bergbau geübte Ausbeutungs- und Sparsystem unmöglich machen, die verhindern, daß ein Bergwerk, das auf Grund dieses Systems für die Grubenbarone und Aktionäre zur Goldgrube wurde, für Hunderte fleißiger Bergleute zur Todesgrube wird. Man macht den lieben Herrgott verantwortlich für das Riesenunglück, indem man es mit frommem Augenverdrehen auf seinen »unerforschlichen Ratschluß« zurückführt. Wäre die Grube berieselt worden wie sich's gehört und wären die Arbeiterschutzbestimmungen durch Arbeiterkontrollreue genau überwacht worden, dann würde dieser Ratschluß anders ausgefallen sein. Um die Grube zu retten und das Feuer zu erstickern, wurde sie vermauert und unter Wasser gesetzt, trotzdem noch mehr als 300 Bergleute unter Tage waren. Sollten sich unter diesen Verschütteten noch Überlebende befinden haben, dann würde ihnen durch diese Maßnahmen jede Rettung unmöglich geworden sein. Sie wären dem heiligen Profit geopfert worden.

Durch das Massenunglück und die dadurch hervorgerufene Stilllegung der Zeche wurde die ganze Belegschaft von ca. 1500 Arbeitern arbeitslos. Trotzdem einige Hundert auf anderen Gruben untergebracht wurden, verstärkt die große Mehrheit das Arbeitslosenheer, das infolge der Krise immer mehr anschwillt und zurzeit schon mehr als eine halbe Million Menschen umfaßt. Mit der Zahl der in Mitleidenschaft gezogenen Frauen und Kinder bezieht sich die Masse der Personen, auf denen die Krise und die von ihr verursachte Arbeitslosigkeit lastet, in Deutschland allein nach Millionen. Angesichts dieser erschreckenden Zahlen sollten es Regierung und Reichstag als ihre vornehmste Pflicht betrachten, sofort mit allen Mitteln wenigstens für eine Linderung der Not und des Elends zu wirken. Aber wir haben bereits in der vorigen Nummer nachgewiesen, daß der Reichstag in seiner gegenwärtigen Zusammensetzung bei der Bekämpfung der Folgen der Krise ebenso versagt, wie er bei der Wahrung des Ansehens der Volksvertretung und der Bekämpfung des Selbstherrschens versagt hat und wie er bei der Verwirklichung der Bergarbeiterforderungen zur Verhinderung derartiger Massenmorde versagen wird. Das Bürgertum ist eben gegenüber den Forderungen der Arbeiter immer schwerhörig gewesen. Und die Arbeitervertretung im Parlament ist infolge der verdammenswerten Gleichgültigkeit großer Arbeitermassen leider noch so gering und ohnmächtig, daß sie nichts anderes zu sein vermag als ein mahnendes Gewissen. Erst wenn einmal der sträfliche Stumpfsinn aus den Köpfen der letzten Indolenten verbannt sein wird, wird die Arbeiterschaft aus eigener Kraft voll zu ihrem Rechte kommen.

Noch weniger als der Reichstag ist aber die Regierung gewillt, ernsthafte Schritte zur Bekämpfung der Arbeitslosennot zu tun. Sie tut nicht nur nichts zur Milderung der Krise, sondern sie sucht sie noch zu verschärfen durch Steuervorlagen, die wie die Tabak- und Plakatsteuer neue Produktionseinschränkungen und damit neue nach Zehntausenden zählende Arbeiterentlassungen unbedingt zur Folge haben müssen. Bei der ersten Lesung der Finanzreformvorlage der Regierung im Reichstage, die

Ende der vorigen Woche stattfand, ist zwar weder an diesen Existenzen vernichtenden Steuervorlagen, noch an den anderen Steuerplänen ein gutes Haar gelassen worden. Aber wer bürgt dem Volke dafür, daß der Kuhhandel der Regierung mit den bürgerlichen Parteien zur Schröpfung des Volkes bis zur zweiten und dritten Lesung nicht doch noch perfekt wird und daß Konservative und Liberale auf das Kommando des Blockvaters Bülow dann doch noch ebenso gehorsam einschwenken, wie sie bei anderen Gelegenheiten eingeschwenkt sind!

Von den herrschenden Klassen hat eben die Arbeiterschaft, das muß immer wieder hervorgehoben werden, nicht das Geringste zu erwarten. Sie ist ganz und gar auf die eigene Kraft angewiesen. Diese Tatsache muß den Massen durch regste Aufklärungs- und Werbearbeit, wobei alle die ungeheuren Sünden der Herrschenden ein revolutionierendes Material liefern, immer mehr zum Bewußtsein gebracht werden. Die Arbeiter müssen sich zusammenschließen in den Gewerkschaften, um durch diese gesündere Verhältnisse zu schaffen, das Errungene in den Krisenzeiten zu erhalten und in Zeiten der Not einen festen Rückhalt zu haben. Sie müssen sich vereinigen in den Konsumgenossenschaften, um sich als Konsumenten vor Uebervorteilung zu schützen und einem gesünderen Warenaustausch die Wege zu ebnet. Sie müssen sich aber auch politisch organisieren, um die Zusammensetzung der Parlamente so zu beeinflussen, daß ein Verrat der vitalsten Arbeiterinteressen, wie er bisher geübt werden konnte, für die Zukunft unmöglich gemacht und eine vernünftige Gesellschaftsordnung vorbereitet wird. Wenn erst einmal die große Mehrheit der Arbeitermassen die Notwendigkeit des gewerkschaftlichen, genossenschaftlichen und politischen Zusammenschlusses erkannt hat, dann wird das Proletariat auf Grund dieser Dreieinigkeit den Boden geschaffen haben, auf dem es in den letzten Kampf mit dem Kapitalismus kämpfen, die kapitalistische Klassenherrschaft brechen und zum Siege schreiten kann.

Rundschau.

Die Wahlen zum Berliner Gewerbegericht bedeuten für die freien Gewerkschaften einen Riesenerfolg. Von den 83218 abgegebenen Stimmen entfielen allein 75958 auf die Liste der freien Gewerkschaften. Die Wiesenthaler Anarchosozialisten erhielten ganze 529 Stimmen. Die Hirschdunkersche Liste bekam 3732, die der Christlich-Nationalen 2766 und die der technischen Angestellten 206 Stimmen, während 26 Zettel ungültig waren. Die Wahl erfolgte erstmalig nach dem Proportionalwahlsystem. Auf Grund des Stimmenverhältnisses kommen von den 70 zu besetzenden Mandaten 64 oder 65 allein auf die freien Gewerkschaften, während die Hirschdunkerschen ganze 3, den Christlich-Nationalen ganze 2 Mandate zufallen; ob die kleinen Gruppen 1 Mandat erhalten, ist bis zur Stunde noch nicht bestimmt. Die Wahlbeteiligung war fast viermal so stark wie bei der vorigen Wahl, bei der 22988 Stimmen abgegeben wurden. Auch bei den Arbeitgeberwahlen wurden durch die freien Arbeitgeber von 70 Mandaten 16 erobert.

Eine Prämie auf die Faulheit nannte bekanntlich der Junker Hahn im Reichstage die Arbeitslosenversicherung. Dieselbe geschmackvolle Bezeichnung gibt ihr die »Deutsche Arbeiterzeitung«. Auf dem Lande wäre Arbeit genug, daher sei derjenige »ein Feind des Volkes, der für diese Versicherung eintreten wollte, ohne als ihr Korrelat die sinngemäße Eindämmung des Mißbrauchs der unbeschränkten Freizügigkeit hinaustellen«. Ein Verband landwirtschaftlicher Arbeitgeber müsse begründet werden, um eine größere Einheitlichkeit in die Bestrebungen zur Bekämpfung der Landflucht zu bringen. — Die Arbeitslosenfrage soll also, so wünscht das Scharfmacherblatt, mit einem neuen Scharfmacherverband und neuen Kebelgesetzen gelöst werden!

Die Frage der Arbeitslosenversicherung in Bayern geht immer mehr ihrer Erfüllung entgegen. Auf Antrag des sozialdemokratischen Abgeordneten Simon hat der bayerische Landtag beschlossen, die Regierung zu beauftragen, sich mit den Interessenten in Verbindung zu setzen, um eine eventuelle Einführung der Arbeitslosenversicherung auf der Grundlage des Center Systems zu ermöglichen. Nach Erledigung der notwendigen Vorarbeiten fand nun am 17. November in München eine Konferenz aller in Frage kommenden Behörden und Organisationen statt, die der Minister von Brettreich eröffnete und leitete. Sie beschloß nach ausgiebiger

Aussprache, eine Kommission einzusetzen, die aus den verschiedensten Korporationen zusammengesetzt ist und die Aufgabe hat, innerhalb dreier Monate in dieser oder einer ähnlich zusammengesetzten Kommission Bericht zu erstatten und Vorschläge zu machen für die Einführung einer Arbeitslosenversicherung unter Beteiligung der Gemeinden.

Der angekündigte Entwurf eines Arbeitskammergesetzes ist dem Reichstage am 27. November zugegangen. Der Gesetzentwurf schafft keine Arbeiterkammern, keine Vertretung von Arbeitern, sondern auf sogenannter parlamentarischer Grundlage aufgebaute, im wesentlichen lediglich begutachtende Kammern.

Der preussische Gesellschaftssteuerentwurf ist geeignet, die Konsumvereinsbewegung der Arbeiterschaft aufs schwerste zu belasten. Er stellt die Konsumvereine mit millionenschweren Aktiengesellschaften auf eine Stufe. Nach den Verfassern des Entwurfs spielen die Geschäftsanteile der Konsumgenossenschaftler die gleiche Rolle wie das Aktienkapital in einer Aktiengesellschaft. Daß der »Gewinn« der Konsumvereine gar nicht verteilt wird nach der Höhe der Geschäftsanteile, sondern nach der Höhe der Warenentnahme aus den Konsumvereinen, wurde von den preussischen Steuerfindern ignoriert. Welche Ungeheuerlichkeiten aus dieser Gleichsetzung zweier im Wesen grundverschiedener Einrichtungen entpringen, zeigt nun der Straßburger Professor Dr. Rehm in einem Gutachten über die Gesellschaftsteuer, das in der »Konsumgenossenschaftlichen Rundschau« veröffentlicht wird, indem er die Geschäftsergebnisse der Deutschen Bank mit den Geschäftsergebnissen der Konsumvereine des Zentralverbandes vergleicht. Er berechnet, daß der Zentralverband deutscher Konsumvereine 9 Proz. des Grundkapitals der Deutschen Bank besitzt, daß er aber 53 Proz. der die Deutsche Bank treffenden Gesellschaftsteuer entrichten mußte. Auf Grund dieser Feststellungen kommt Herr Professor Dr. Rehm natürlich zu einer entschiedenen Ablehnung der Gesellschaftsteuer, soweit diese die sogenannte Konsumvereinsdividende mit Kapitalgewinn gleichsetzen und besteuern will.

Die Verschmelzung der Verbände der Sattler und Porteuillier ist perfekt. Eine Urabstimmung der Mitglieder des Porteuillierverbandes ergab folgendes Resultat: 80 Prozent haben an der Abstimmung teilgenommen, davon stimmten 66 Prozent dafür, die anderen dagegen. Am 13. April 1909 findet in Köln der gemeinsame Verbandstag beider Verbände statt, vorher am 12. April 1909 die 7. ordentliche Generalversammlung der Sattler und der 3. außerordentliche Verbandstag der Porteuillier. Wenn auf beiden Tagungen die Verschmelzung gutgeheißen wird, haben beide Verbände vom 1. Juli 1909 ab gemeinsame Geschäftsführung.

Eine Gauvorsteherkonferenz des Buchdruckerverbandes verhandelte u. a. über die Kündigung des Redakteurs des Verbandsorgans, Rexhäuser, die, wie der Vorsitzende mitteilte, infolge der maßlosen Angriffe der »Leipz. Volksztg.« und des »Vorwärts« gelegentlich des Prozesses Fischer kontra Post erfolgt sei. Folgender Antrag fand bei einer Stimmenthaltung einstimmige Annahme, worauf Rexhäuser seine Kündigung zurückzog: »Der Konferenz der Gauvorsteher ist vom Verbandsvorstande davon Kenntnis gegeben worden, daß Kollege Rexhäuser infolge der jüngsten Vorkommnisse, die den Mitgliedern bekannt sind, seine Kündigung eingereicht habe. Die Konferenz kann einen Grund zu dieser Kündigung in den fraglichen Vorkommnissen nicht erblicken, da diese keineswegs geeignet erscheinen, die Achtung und das Vertrauen der Mitglieder des Verbandes zu ihrem Redakteur zu erschüttern, und kann daher die Kündigung nicht akzeptieren.«

Der deutsche Buchbinderverband schreibt infolge der außerordentlich starken Ansprüche, die in den letzten Jahren durch die fortgesetzten schweren Kämpfe, besonders durch die großen Aussperrungen, an ihn gestellt wurden, eine Extrasteuer von 10 und 20 Pf. aus, um den Verband für die Zukunft so zu kräftigen, daß er allen Stürmen trotzen kann. Außerdem veranstaltet er im Verein mit anderen in Betracht kommenden Verbänden eine Statistik über die Verhältnisse, unter denen das feuergefährliche Zelluloid verarbeitet wird, um auf diesem Gebiet bessere Arbeiterschutzbestimmungen herbeizuführen.

Die Aussperrung der Buchbinderarbeiter in Stockholm und Eskilstuna wurde am 24. November beendet. Die Arbeiter haben das letzte Ultimatum der Unternehmer annehmen müssen, um die von den zentralisierten Unternehmerorganisationen angedrohte, brutale Ausdehnung der Aussperrung auf andere, gänzlich unbeteiligte Arbeiterkategorien zu verhindern. Der Kampf hat 18 Wochen gedauert. Wegen der ungünstigen Konjunktur konnten nur geringe Lohnerhöhungen erreicht werden, die aber teilweise durch die Einführung von Stundenlöhnen statt der Wochenlöhne auch wieder illusorisch gemacht sind.

Der Tarifvertrag der schwedischen Buchdrucker läuft mit dem 31. Dezember ab. Für den Fall, daß ein neuer Vertrag nicht zustande kommt, und damit ein Lohnkampf ausbricht, hat ein Konsortium von 17 Banken den Buchdruckereien einen Kredit von zwei Millionen Kronen zugesichert.

Das norwegische Unternehmertum hat soeben die Aussperrung von 5000 Arbeitern der

Zellulose-Industrie verfügt, weil in fünf Betrieben die Arbeiter eine Lohnreduktion von 1 Krone pro Tag zurückwiesen.

Eine Aussperrung der finnischen Metallarbeiter ist nunmehr durch Vergleich beendet und die Arbeit wieder aufgenommen. Dagegen dauern die Konflikte in der Papier- und Zellulose-Industrie unverändert fort. Wegen der Krise herrscht im ganzen Lande eine große Arbeitslosigkeit.

Berichtigung. In der Abhandlung über die Plakatsteuer, die in der vorigen Nummer unter »Rundschaue« enthalten ist, muß es selbstverständlich statt »1000 Kubikzentimeter« heißen: »1000 Quadrat-zentimeter«.

Das Genossenschaftswesen.*)

Von G. C.

Das Genossenschaftswesen der Konsumenten hat für den Arbeiter eine Doppelbedeutung. Denn er ist nicht nur Konsument mit allen übrigen, sondern er ist auch Produzent, wenn auch nicht selbständiger, was ja seine prinzipielle klassengegenständige Stellung gegenüber dem kapitalistischen Unternehmertum bedingt. Als Konsument hat der Arbeiter mindestens das gleiche wirtschaftliche Interesse an einer rationellen Warenverteilung durch die Konsumvereine wie alle übrigen Bevölkerungsschichten. Hier gibt's keine Klassengegenstände. Sie können in eine Konsumgenossenschaft nur von außen »hereinspielen«, haben aber mit deren Wesen gar nichts zu tun. Der Endzweck der Konsumgenossenschaft besteht in einem möglichst hohen wirtschaftlichen und daraus entspringenden sozialen und schließlich kulturellen Nutzeffekt, dessen Stärke bedingt ist von dem Maß der Beteiligung aller konsumierenden Bevölkerungsschichten. Also in diesem Falle verbindet den Arbeiter als Konsument das gleiche Interesse mit den übrigen Bevölkerungsschichten.

Ganz anders steht die Frage für den Arbeiter als Produzenten. Hier tut sich ein besonders wichtiges Gebiet für ihn auf. Wir sehen, daß z. B. England allein durch seine Konsumvereine jährlich 250 Millionen Mark an Unkosten und Geschäftsgewinn für das rollende Nationalvermögen erspart. Die Ersparnis fällt zu allermeist der Arbeiterklasse bzw. der Gesamtheit der minderbemittelten Bevölkerung zu, womit sich die natürliche Tatsache verknüpft, daß entsprechend dem Stand der wirtschaftlichen und kulturellen Bedürfnisse, die bei der Arbeiterklasse stärker als bei jeder anderen Klasse empfunden werden müssen — die von Lassalle verdamnte »Bedürfnislosigkeit« ist glücklicherweise für die Arbeiter als Klasse ein fremder Begriff geworden —, diese Viertelmilliarde Mark alljährlich dem Warenverbrauch zugute kommt. Wenigstens in der Hauptsache. Dieser um eine Viertelmilliarde Mark stärkere Gütertausch bzw. Verbrauch an Waren bedeutet aber nicht nur eine augenblickliche wirtschaftliche Verbesserung des Arbeiterhaushalts, sondern bedingt infolge der notwendigen Nachschübe auf dem Warenmarkt auch eine vermehrte Produktion. Das bedeutet: mehr Arbeitsgelegenheit, mehr Lohn, allerdings auch mehr Unternehmergewinn, soweit die vermehrte Produktion nicht durch die eigenen Betriebe der Konsumvereine geleistet wird. Hierin, d. h. in diesem kurz skizzierten Kreislauf: Ersparnis — stärkerer Warenverbrauch — vermehrte Produktion offenbart sich in sinnfälligster Weise der volkswirtschaftliche Charakter der Konsumvereine. Die Umwertung des Konsums in die Produktion gibt dem Konsumvereinswesen auch seine Doppelbedeutung für die Arbeiterklasse.

Diese Doppelbedeutung kommt fernerhin ganz besonders für den gewerkschaftlich organisierten Arbeiter zum Ausdruck. Erfolge von Lohnkämpfen oder Tarifvereinbarungen, die in einer Erhöhung des Lohnes bestehen, können nicht so leicht durch eine diktatorische Erhöhung der Warenpreise illusorisch gemacht, ausgeglichen werden; denn die Konsumvereine üben auch eine *preisregulierende* Wirkung gegenüber den Unternehmerkartellen, Trusts, Syndikaten usw. aus. Nicht nur gegen den Privathandel und Händlerringe. Das hat sich des öfteren in England und vor nicht ganz einem Jahre in Deutschland gezeigt, wo die Absicht eines Fabrikantenkartells — des Verbandes der Markenartikelbrikantanten —, den deutschen Konsumvereinen die Detail-Verkaufspreise in aufwärts gerichteter Tendenz vorzuschreiben, an dem Widerstand der Konsumvereine elend scheiterte. Sie ersparten dadurch nicht nur ihren Mitgliedern (1½ Millionen Familien!), sondern der konsumierenden Bevölkerung eine ganz namhafte Preiserhöhung, die so manche nach mühevollen Opfern erreichte Lohnsteigerung ausgeglichen hätte. Mit einem Wort: der Gewerkschafter als Konsumvereinsmitglied ist in seiner wirtschaftlichen Existenz seinem konsumgenossenschaftlich nicht organisierten Kameraden immer um Stufe wirtschaftlichen Vorteils voraus, den der Konsumverein ihm als Konsument und Produzent gewährt.

Für die rein gewerkschaftlichen Bestrebungen und Ziele bietet außerdem die konsumgenossenschaftliche Organisation prinzipiell wichtige Stützpunkte. Konsumvereine sind Wirtschaftsdemokratien, ihre Mitglieder und demgemäß ihre Verwaltungen,

zumeist der Aufsichtsrat bestehen fast allgemein aus Arbeitern, und zwar aus gewerkschaftlich organisierten Arbeitern. Was Wunder, wenn da die Arbeitsverhältnisse der Konsumvereine in allererster Linie beeinflusst werden von den Tendenzen und positiven Forderungen und Zielen der Gewerkschaften. Die Idealforderung der achtstündigen Arbeitszeit ist in den meisten englischen Konsumvereinen schon längst hausbackene Tatsache; durchschnittlich höhere Löhne als im Privatbetrieb und den Anforderungen moderner Hygiene entsprechend eingerichtete Produktionswerkstätten vervollständigen die alljährlich vom englischen Arbeitsministerium gemachte Feststellung, daß die Arbeitsverhältnisse in den Fabriken und Werkstätten der englischen Konsumvereine weit über den Durchschnitt des konkurrierenden Privatunternehmertums stehen. Dabei kommen 50—60000 gewerbliche Arbeiter mit einer jährlichen Warenproduktion im Wert von über 100 Millionen Mark in Betracht, außerdem ca. 40—50000 kaufmännische, Laden- und sonstige Angestellte. Die Kardinalforderung des Mitbestimmungsrechts bei Festsetzung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse bedeutet Konsumvereinen gegenüber nicht etwa eine gewerkschaftliche Erregungssache, sondern den selbstverständlichen Ausdruck der in der wirtschaftsdemokratischen Konsumgemeinde vorhandenen sozialen Tendenzen, die auch humanitär durch genossenschaftliche Ferienheime, Pensions-, Witwen- und Waisenkassen für Arbeiter und Angestellte in die Erscheinung treten.

Die gleiche Entwicklung, wenn auch nicht dem Grade, so doch dem Wesen nach vollzieht sich in allen Industrieländern. Insbesondere das deutsche Konsumvereinswesen, das im letzten Jahrzehnt Riesenschritte gemacht hat, zeigt wirtschaftliche und soziale Entwicklungstendenzen; die seine wichtige Doppelbedeutung für die Arbeiterklasse, insbesondere für die gewerkschaftlich organisierte, zur unumstößlichen Tatsache machen. Entwicklungstendenzen, die mit ihrer allmählichen Durchdringung der gesamten Arbeiterverhältnisse der zukünftigen Gestaltung eines Industriekonstitutionalismus in wünschenswertester Weise vorarbeiten. Eine Vorarbeit, die um so intensiver und leistungsfähiger sein wird, als sich die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter mit der Masse ihrer Konsum- und Kapitalkräfte der Entwicklung des Konsumvereinswesens im allgemeinen und besonders auf dem Gebiet der Eigenproduktion widmen. Dazu braucht nicht den falschen Optimismus der Nurgenossenschaffler — im Gegenteil! —, aber der zähen Energie und bewußten Ausdauer um die Erringung eines großen praktischen Fortschritts, der ganz in der Richtung der Wirtschafts- und Kulturideale der Arbeiterklasse liegt, aber auch der Gesamtbevölkerung zugute kommt.

Solidarität.

Von Osk. Schmertusch.

Nur zu oft hört man die Redensart: »Jeder ist sich selbst der Nächste«. Sie ist sozusagen der Kernspruch des Egoismus und kennzeichnet »recht unsere heutige bürgerliche Gesellschaft. Kommt man mit einem ihrer Angehörigen auf wirtschaftliche Probleme zu sprechen, so wird man in 90 von 100 Fällen die Antwort erhalten: »Nein, für so etwas bin ich nicht zu haben; jeder ist sich selbst der Nächste. Wer gibt mir etwas, wenn ich nichts habe.«

In wirtschaftlicher Beziehung herrscht in unserer heutigen bürgerlichen Gesellschaft die reinste Anarchie und das Wort »Solidarität« kennen die meisten Angehörigen der bürgerlichen Gesellschaft höchstens aus dem Lexikon. Was Wunder, wenn ein großer Teil der Arbeiter und vor allem solche, welche in die soziale Bewegung noch nicht genügend eingeweiht sind oder aus bürgerlichen Kreisen stammend in noch allzu starkem Kontakt mit der Klasse stehen, aus der sie einstmals hervorgingen, ebenfalls solchen Grundsätzen huldigen und dadurch die Gesamtheit des Proletariats oftmals empfindlich schädigen. Denn die erste Forderung, welche die Gewerkschaft an ihre Anhänger stellt, ist die fleißigste und gewissenhafteste Ausübung der Solidarität.

Egoisten sind in der Gewerkschaftsbewegung unmöglich. Das eigene Wohl muß im Wohle der Gesamtheit aufgehen. Andererseits liegt aber im Gesamtwohl das eigene Wohl mitenthalten und jeder, welcher nach der bürgerlichen Moral: »Jeder ist sich selbst der Nächste« handeln wollte, würde sich früher oder später unmöglich machen. Darum ist es Pflicht eines jeden Gewerkschaftsgenossen, sich in eine stramme Selbstzucht zu nehmen, jedweden Egoismus aus seinem Tun und Handeln auszumerzen und an dessen Stelle die Solidarität oder den Gemeinsinn zu setzen.

Sämtliche sozialen Zwecken dienende Einrichtungen und Vereinigungen der Arbeiter sind auf dem Grundsatz der Solidarität aufgebaut. »Einer für alle — alle für einen« ist das Lösungswort, welches in den Gewerkschaften, den Kranken-, Invaliden-, Witwen- und Waisenkassen, wenigstens soweit sie selbständige Organisationen der Arbeiter sind, als oberster Grundsatz gilt.

Wie oft hört man die Redensart wiederkehren: »Jetzt habe ich schon 10 Jahre in die Krankenkasse gesteuert und habe noch nicht einen blutigen Pfennig bezogen — schade um das schöne Geld.« Aus solchen Worten spricht kraasester Egoismus! Da-

durch, daß Betreffender nie in die Lage kam, aus der Krankenkasse Unterstützung zu beziehen, ist zu schließen, daß er sich im Besitz eines durchaus gesunden Körpers befindet. Oder sollte er etwa auch schon krank gewesen sein und hätte, weil vielleicht das Krankengeld eine kleine Einbuße gegenüber seinem Lohne bedeutete, sich nicht krank gemeldet? Auch in diesem Falle wäre nur wieder Egoismus, nämlich die Angst vor dem Lohnausfall, die Triebfeder gewesen, daß er noch nichts bezogen hat. Wer einer Krankenkasse usw. angehört, muß die Sache von ganz anderer Seite auffassen.

Die Krankenversicherung ist eine Versicherung, welche eine große Masse, nehmen wir an 5000, unter sich abschließen mit der Bedingung, daß die erkrankten Mitglieder von den gesunden und arbeitsfähigen während der Zeit des Krankseins mit einer bestimmten Geldsumme und eventuellen anderen Leistungen unterstützt werden. Nach ihrer Genesung treten dann die Kranken wieder in die Reihen der Arbeitenden und demnach Unterstützten ein. Die hierzu nötigen Geldmittel stellen dann die Beiträge oder Vereinssteuern dar.

Nun wäre natürlich die scheinbar gerechteste Form, die Geldmittel aufzubringen, das sogenannte Umlageverfahren, d. h. der Betrag an Mitteln, der nötig ist, um die Kranken zu unterstützen, wird für jede Unterstützungsperiode (Woche, Monat) zu gleichen Teilen von den gesunden Mitgliedern erhoben und wäre demnach je nach der Anzahl der Kranken schwankend. Bei einem solchen Umlageverfahren kommt wohl der solidarische Grundgedanke am besten zur Geltung, aber aus verwaltungstechnischen Gründen ist es unmöglich. Darum setzt man einen bestimmten Betrag als Steuer fest und zugleich auch eine feststehende Bezugsgrenze. Außerdem ist man ja auch noch genötigt, für Zeiten der Not einen Reservefonds anzusammeln.

Auf keinen Fall stellt sich eine derartige Versicherung als ein reines Handelsgeschäft dar, bei welchem man für eine bestimmte Zahlung eine bestimmte Gegenleistung zu erhalten hat, sondern alle erworbenen Rechte beruhen eigentlich auf solidarischer Basis. Auch wenn nach unserer heutigen Rechtsauffassung (und wir können ja aus dem Rahmen der bestehenden Gesellschaftsordnung unmöglich heraus!) die Unterstützungen aus Krankenkassen usw. eventuell eingeklagt werden können, so ist damit noch keinesfalls bewiesen, daß dergleichen Institutionen reine geschäftliche Versicherungsanstalten ohne solidarische Basis sind. Hier wird nur dem Drucke der Gesetze, welche den Begriff Solidarität nicht kennend nur auf dem egoistischen Standpunkt des persönlichen Eigentumbegriffes fußen, Rechnung getragen.

Das gleiche Prinzip wie bei Krankenkassen finden wir auch in der Gewerkschaft. Hier erhalten diejenigen, welche in Beschäftigung sind, ihre arbeitslosen Kollegen, entweder am Ort oder auf Reisen, und verbindet damit noch den Zweck, das Gewerbe vor Unterbietung in bezug auf die Löhne zu schützen. Dasselbe gilt auch von den sonstigen Forderungen der Gewerkschaften. Durch Erstrebung eines Minimallohnes wird allen Arbeitern eine erträgliche Existenz errungen und zugleich der Bestand der höheren Löhne mit gesichert. Denn wenn die Allgemeinheit schlecht entlohnt wird, ist es dem besser bezahlten Arbeiter, selbst wenn er eine außergewöhnliche Geschicklichkeit besitzt, auf die Dauer doch nicht möglich, seinen Lohn auf der gleichen Höhe zu halten. Er muß dem lohn-drückenden Einfluß der schlechten Entlohnung der Gesamtheit mit der Zeit doch erliegen. Was vom Lohne gilt, trifft auch bei der Arbeitszeit zu. Eine kurze Arbeitszeit, Beschränkung aller Art Ueberarbeit usw. kann wohl, oberflächlich betrachtet, den Einzelnen scheinbar etwas schädigen, aber der Nutzen, den die Gesamtheit dadurch hat, ist um so größer. Und es ist eine bekannte Tatsache: lebt die Gesamtheit eines Berufes in geregelten Verhältnissen, ist auch das eigene Wohl eines jeden Berufsangehörigen auf guter, erträglicher Basis. Streber natürlich finden sich stets benachteiligt.

Leider können den Gewerkschaften in bezug auf gegenseitige Hilfeleistung (Unterstützungen) noch nicht so wirken, wie es wünschenswert wäre. Der Arbeitslose kann nur eine begrenzte Zeit die Unterstützung erhalten und nicht auf die vollständige Dauer seiner Arbeitslosigkeit. Wären aber alle Mitglieder einer Gewerkschaft von dem tiefen Sinne der Solidarität befeelt, wäre es ein leichtes, alle Arbeitslosen während der ganzen Dauer ihrer Arbeitslosigkeit über Wasser zu halten. Die Geschichte der englischen Trades Union liefert hierzu sehr beachtenswerte Beispiele. Bei der großen Krise in England im Jahre 1868 hat z. B. die Gewerkschaft der Maschinenbauer ungeheure Summen aufgebracht, um die Arbeitslosen während der ganzen Dauer der Krise zu unterstützen und dadurch die Löhne hochzuhalten. Einzelne Mitglieder haben sogar ihre Ersparnisse von 400—500 Pfund = 8—10000 Mark der Gewerkschaft zur Verfügung gestellt.

Bei Streiks und Aussperrungen muß jedes Gewerkschaftsmitglied Solidarität im höchsten Maße üben; es muß die Sache der Streikenden zu der seinen machen und dies dadurch betätigen, daß es die Streikenden unterstützt und die Arbeitsstelle, welche durch Streik oder Aussperrung frei geworden ist, wie die Pest meidet.

Ein Gewerkschafter, welcher vollständig begriffen hat, was Solidarität heißt, läßt sich auch

* Siehe den Artikel in No. 41 der »Gr. Pr.«

nicht erst durch Zwangsmittel (Strafen usw.) dazu nötigen, die Versammlungen zu besuchen und Anteil zu nehmen an dem Wirken seiner Organisation. Ist er von einem richtigen Gemeinsinn beseelt, findet er sich ganz von selbst ein, um seine und seiner Kollegen Angelegenheiten zu regeln. Und wer sich als Gewerkschaftsmitglied stets solidarisch gezeigt hat, dem wird es ein leichtes sein, auch seinen Platz in der politischen Organisation zu finden und auszufüllen. Beruht nicht auch die ganze Sozialismus auf ausgeprägtester Solidarität, nämlich der Vergesellschaftung aller Produktionsmittel und der Ablösung einer Weltordnung, welche die ganze Menschheit in Klassen teilt nach dem privaten Besitz, in Reiche und Arme oder in Ueber-sättigte und ständig Darbende? Mit dieser Ablösung erst wird die solidarische Brüderlichkeit, der Gemeinsinn in höchster Entfaltung zum Siege gelangen.

Die Kulturstufe der Völker im Spiegel ihrer Kunst.

Von Max Menzer.

„Er vor des Denkers Geist der kühne Begriff des ewigen Raumes stand, Wer sah hinauf zur Sternenbahn Der ihn nicht ahnend schon empfand?“
Die Künstler. Schüler.

Jedes Volk und jedes Zeitalter hat seinen Stil. d. h. eine bestimmte charakteristische Ausdrucksweise in der Formensprache seiner Kunst. Und wie das Wesen und der innere Mechanismus der großen unendlichen Natur in ihrer äußeren Erscheinungswelt für einen empfindenden Menschen zum sinnfälligen Ausdruck kommt, so spiegeln sich innerhalb der Kulturentwicklung in den Formen der Kunst eines Volkes sowohl seine sozialen Verhältnisse als auch seine geistigen Anschauungen wieder. Es ist interessant und lehrreich, von diesem Gesichtspunkte ausgehend, den Stil, die Formensprache der einzelnen Völker und Zeitalter zu studieren und mit ihrer sozialen und geistigen Kulturstufe zu vergleichen.

Da erscheinen vor unserem geistigen Auge die gewaltigen Pyramiden Ägyptens, seine prächtigen Königspaläste mit ihren wundervollen Gärten, Obelisken, Sphinxen und Greifen, mit seinen granitenen auf Thronesseln sitzenden Göttern und Königen und seine elenden Lehmhütten der Parias. Was sagt uns das nicht alles! — Es war die Zeit der Rhames, der Pharaonen. Das ganze Volk diente sklavisches nur dem Einen. Dieser Eine setzte ein ganzes Volk in Bewegung zur Erfüllung eines Wunsches und wenn es der unsinnigste war. Denn ist es nicht unsinnig, abgesehen von dem künstlerischen Wert dieser Bauten, als Grabmal eines einzelnen Menschen einen solchen Berg von Steinen zusammenzufügen, wie ihn eine ägyptische Pyramide darstellt? Sollte sich hierin nicht die einzige Furcht, welche Despoten kennen, die Furcht vor dem Tode ausdrücken? — Und das ganze Volk, das seiner Eigenbetätigung beraubt war, das in elenden Lehmhütten vegetierte, mußten sich bei ihm nicht die Gedankens der Weltflucht einstellen? — Scheinen uns nicht diese Sphinxen gleichsam zu fragen: „Was soll dieses ganze Dasein?“ — Ja, man fühlt es: Diese ganze ägyptische Kunst ist nur deshalb so groß, weil sie den Stempel der Majestät des Todes an der Stirne trägt.

Wie ganz anders die griechische Kunst. Auch hier existiert noch die Sklaverei. Aber diese Sklaven waren entweder Ueberwundene eines anderen Volkes

oder solche, die sich gegen das Gesetz vergangen hatten. Man betrachtete diese Sklaverei als ein notwendiges Übel. Davon zeugt der bekannte, tiefsinnige Ausspruch des Aristoteles: „Die Sklaverei wird nicht eher aufhören, als bis die Weberschiffchen von selbst gehen.“ Im übrigen aber waren die Griechen zu freien und gleichen Menschen geworden. Und dieser demokratische Geist, der durch die Solonische Gesetzgebung das ganze Volk beherrschte, ist es, der in dem herrlichen griechischen Tempelbau zum monumentalsten Ausdruck kommt: Ein einziges Dach, von freien und gleichen Säulen getragen, steht er da als ein Denkmal der Einfachheit und Größe. Von dem großen, rein menschlichen Streben der Griechen reden die herrlichen Götter und Helden-gestalten ihrer Künstler, die alle nur als die vollkommensten Menschen gedacht waren. Und wenn der Götter in seinem Hause noch so einfach lebte, so verklärte und erhob seine Kunst doch alles, was gemeinamen und öffentlichen Zwecken diente. Es war eine Blütezeit der Kunst, die noch heute die Welt befruchtet.

Man kann die Weltherrschaft der Römer. — Wenn dieselben im Anfang, zur Zeit der republikanischen Verfassung, noch mit der einfachen, aber edlen griechischen Kunst ausgekommen waren, so wurde das anders, als die römischen Cäsaren die Welt unterworfen hatten und Reichtümer aller Art sowie Sklaven nach Rom schleppten. Jetzt ergab sich der Römer dem üppigen Genuß und der reiche, schwere, überladene Triumphbogen ist so recht der künstlerische Ausdruck jener prunkenden Imperatorenzeit. Aber dieselben Bedingungen, die diese üppige römische Kunst geschaffen hatten, waren auch die Ursachen ihrer Entartung und schließlich ihres Verfalls. Noch heute steht die Ruine des Kolosseums, welches die wüstensten Orgien und wildesten Szenen sah, als ein Denkmal römischer Größe und römischen Zusammenbruchs, eine monumentale Mahnung, daß nur die Freiheit eine hohe und dauernde Kunst zu entwickeln vermag.

Auf die Zeit des raffiniertesten Sinnen Genusses folgte die Zeit der christlichen Askese. Der gotische Stil, welcher sich aus dem romanischen entwickelte, wurde ihr vollendetster Ausdruck. Je mehr sich der christliche Fanatismus steigerte, alles „Fleischverketzerie und als „Sünde“ erklärte, desto magerer und skelettartiger wurden auch die Formen der Kunst. Was kann den entsagenden, transzendentalen Charakter des Christentums besser ausdrücken, als das himmelstrebende Gerippe eines gotischen Domes, dessen kalter durchbrochener Aufbau uns kein Heim bietet, sondern nur eine Aufforderung gen Himmel zu blicken. Und die Bildwerke jener Zeit? — Welche häßlichen, mit lederartiger Haut bedeckten Knochengestirne, die man, um bedeutend zu sein, mit Kronen, Heiligenscheinen, Szeptern und sonstigen Utensilien versah, hat uns da der Künstler als vollkommene Menschen hingestellt! Das waren die Folgen einer Weltanschauung, welche das irdische Sein als Übel betrachtete und die Natur verpönte. Ein Wahn, der alle Kultur und mit ihr die Kunst zu erstickern drohte.

Wie die römische Kultur und Kunst an dem Ueberwuchern des sinnlichen Moments zugrunde ging, so jetzt die christliche an der einseitigen Betonung des rein geistigen. Ein vollkommenes Sein im wirklichen Leben wie in der Kunst ist eben nur dann möglich, wenn beide Prinzipien, das sinnliche wie das geistige, harmonisch ineinander übergehen, sich gegenseitig ergänzen.

Und endlich besann sich denn auch die Menschheit auf diese Wahrheit wieder. Wie in Deutsch-

land Luther gegen das Zölibat kämpfte und für alles eintrat, was zu des Leibes Notdurft gehörte, so brachten die großen italienischen Künstler jener Zeit die Schönheit des natürlichen Seins wieder zu Ehren. Sie wurden die Wiedererwecker jener herrlichen Harmonie zwischen Geist und Körper, die uns bei den Griechen so sehr entzückt.

Es war die Renaissance, in höherem Sinne die Wiedergeburt des Menschen.

Wenn man die letzten Werke der Gotik und des byzantinischen Stiles mit den herrlichen Werken eines Rafael, Michel Angelo, Leonardo de Vinci u. a. m. vergleicht, so ermißt man erst ganz die furchtbare Verirrung des christlichen Fanatismus der vorhergehenden Epoche.

Der wunderbare Bau der Peterskirche ist der beredteste Ausdruck der damals sich entwickelnden humanistischen Weltanschauung, die den Menschen erhaben wollte zu einem physisch wie geistig vollkommenen Wesen. Man hat das Gefühl, als wäre dieser Tempel für die ganze Menschheit erbaut. Gleichsam eine Einladung zur Huldigung des Schönen, Erhabenen und Unendlichen.

Im Menschen selbst ehrt man die so lange gemißhandelte Würde desselben. Sie erscheint uns wieder in Michel Angelos Moses, in Rafaels Sixtinischer Madonna und staunend erkennt man, welches Paradies der Schönheit auf dieser Erde möglich ist. Die Lebensfreude hält wieder ihren Einzug.

Aber auch in anderen Ländern entfaltet sich der wiedergeborene Geist des Lebens. In Deutschland bleiben die gewaltigen, gotischen Dombauten liegen. Der Geist der christlichen Askese ist besiegt. Ulrich von Hutten bricht in den Jubelruf aus: „Es ist eine Lust, in dieser Zeit zu leben!“

Aber ach! Während Adel, Klerisei und Patrizier in Schönheit lebten, sezte die große Masse des Volkes unter dem Joch der Hörigkeit und Leibeigenschaft. Für sie war die neue Sonne noch nicht aufgegangen. Die Fürsten, die Geistlichkeit und die Patrizier okkupierten die herrliche Errungenschaft des menschlichen Geistes für sich und schmückten ihre Schlösser, Kirchen und Paläste auf das köstlichste. Festmahle und Freudengelage wurden veranstaltet. Sänger mußten dieselben verschönen. Aber die große Masse des Volkes mußte die Kosten bezahlen und hatte selbst oft nicht das Notwendigste zum Leben. Das wurde die Ursache zu neuerlicher Entartung. In demselben Maße, als das Leben des Adels und der Geistlichkeit immer ungebundener wurde, wurden es auch die Formen der Kunst. Man setzte sich über die strenge Gesetzmäßigkeit und die einfachen Formen der klassischen Zeit hinweg. Es entwickelte sich das Barock. Bernini ist es, ein Schüler Michel Angelos, welcher dem klassischen Geist zuerst untreu wird. Noch heute stehen von diesem Geburtshelfer des Barock Grabmäler in der Peterskirche, die, nicht zu ihrem Vorteil, von der edlen Einfachheit der Renaissance abstecken. (Schluß folgt.)

Briefkasten der Redaktion.

Z. X., L. Dankend angenommen. Bis zur Veröffentlichung werden Sie sich aber noch etwas gedulden müssen. — O. S., H. Die Abrechnungszahlen erscheinen doch im Quartalsabschluß der Hauptkasse, so daß sie in den Füllberichten überflüssig sind. — W. B., D. Anzeigen sind Sache der Expedition in Schkeuditz. — W. M., L. Der Bericht mußte wegen der Veröffentlichung der Arbeitslosenstatistik noch um eine Woche zurückgestellt werden.

Ein herzliches Lebewohl unserem bisherigen Vorsitzenden **Aug. Essert** bei seinem Fortgange von Zeit. Wir wünschen ihm in seinem ferneren Wirkungskreise das Allerbeste! Die **Zahlstelle Zeit** des Verb. der Lithographen u. Steindr. (Deutscher Setzfelder-Bund.) [1,35]

„Gegenerklärung.“ Zu der „Aufklärung“ der Zahlstelle Stuttgart, den Kollegen zur gekl. Kenntnis, daß die Angelegenheit der Hauptvorstand zur Erledigung übernommen hat, und daß ich auf Abaten dieses, da eine Klage vor Gericht unter Verbandsmitgliedern nie üblich wäre, die Klage noch nicht einreichte. Ich erkläre nochmals die „Kollegenbrand-schätzung“ für eine Unwahrheit. Ebenso unwahr ist die Behauptung, daß ich Geschäftsleute geschädigt hätte. Die Schuld bei meiner Wirtin liegt: 1. schon **Jahr und Tag zurück**, und 2. habe ich da schon längst ratenweise **Abzahlungen geleistet**; 3. erachte ich dies für Privatsachen. Indem mir Kollege Sillier mittelte, meine und die gegenteiligen Behauptungen vor ein, **aus Kollegen zusammengesetztes Schiedsgericht** zu stellen, gebe ich hiermit die letzte Erklärung ab und werde mich in Bälde **persönlich** in Stuttgart einfinden. [4,05] **Willy Buckan, z. Z. in Leipzig.**

Stellengesuche

Junger Reprod.-Photograph tüchtig in nassen Verfahren für **Strich, Auto und Halbton** sucht Stellung. Werte Offerten unter **Arthur Aulich, Chemnitz, Zietenstr. 1 III.** [1,20]

Stellenangebote

Wir suchen einen [2,40] **Positivretuscheur** spez. f. Maschinen, nur erstkl. Kräfte u. flotte Arbeiter wollen sich meld. Off. m. Zeugnisabschr. und Lohnanspr. erb. an **Zerress & Co., Nürnberg**

Tüchtig. Photographen ist Gelegenheit geboten, sich selbst zu machen. Offerten unter **B. 745 an Haasenstein & Vogler, A.-G., Dresden.** [1,80]

Ein **tüchtiger perfekter Aufzeichner** wird gesucht durch den **Arbeits-Nachw. d. Zentralvereins d. Formst. u. d. Hilfsarb. Deutschl. C. Schubart, Berlin N., Badstr. 26.**

Gesucht

la Positivretuscheur für **Maschinen und Autotypen.** Nur tüchtige Kräfte wollen sich melden bei **Knackstedt & Näther, Hamburg 20.**

Tüchtige Formstecher sofort g. sucht. **A. Vörkel, Eilenburg.** [1,20]

Tücht. ANDRUCKER für **Schwarz u. Farben** sofort gesucht. **1,50] D. Sello & Co., Berlin SW. 61.**

6 tüchtige Formstecher bei guter Lohn und dauernder Stellung sucht **Friedrich Schreier, Formstecherei, Moritzberg b. Hildesheim.**

Verschiedenes

Soblen erschienen: **Jahrbuch f. d. lithog. Gewerbe** für **19. 9. Neuester Jahrgang.** Preis M. 1,25. Porto 20 Pf. extra. **C. Kluth, Karlsruhe i. B.**

Technischer Ratgeber

für die Fabrikation von bedruckten Blechballagen und Plakaten von H. Bucher, Billige Ausgabe Mk. 2.—, zu beziehen durch die Exp. d. Gr. Presse.

Neu! Soeben erschienen! Neu! Die Techniken der Algraphie. Behandl. d. Alum.-Platt. beim Zeichnen u. Drucken. Nachschlagew. f. Graph., Rad., Lith. u. Dr. Pr. 1,25 fr. **S. Malz, Berlin-Schöneberg, Apostel Paulusstr. 28.**

Prosp. gratis, **Arbeitsmethode** f. **Photochrom** u. Rezept f. **10.— Mk.** Off. **R. Barth, München, Liebigstr. 39.**

Verbandsnachrichten

Achtung! Der Chemigraph **Marhus Lundahl** aus **Dänemark** sucht sich unter falschen Vorspiegelungen Geld zu verschaffen. Derselbe hat in Hamburg sowohl wie in Kiel Schwindelien verübt. Wir ersuchen die Verwaltungen, wenn derselbe irgend wo in Arbeit tritt, uns die Adresse mitzuteilen. **Zahlstelle Hamburg, Bureau: Gewerkschaftshaus, Zimmer 50, Hamburg 1.** [1,95]